„Die Nato befindet sich faktisch im Krieg“

Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick rechnet mit der westlichen Ukraine-Strategie ab und warnt vor Illusionen in Europa

Während Drohnenvorfälle in Polen und russische Kampfjets über der Ostsee die Angst vor einer Eskalation schüren und die neue Merz-Regierung Deutschland „kriegstüchtig“ machen will, bleibt der Politikwissenschaftler Johannes Varwick bei seiner Warnung: Europa hat im Ukrainekrieg keine realistische Strategie, sondern verliert sich in Durchhalteparolen. Chancen auf Verhandlungen seien schon 2022 verspielt worden, und auch heute verweigere sich die EU einer Kurskorrektur.

Stattdessen riskiere man, die Ukraine in einen endlosen Abnutzungskrieg zu treiben – mit unkalkulierbaren Folgen bis hin zur nuklearen Eskalation. Doch welche Alternativen gibt es? Braucht es schmerzhafte Kompromisse? Müssen westliche Maximalforderungen neu gedacht werden? Und wie ließe sich verhindern, dass Europa in eine noch größere Katastrophe schlittert? Im Gespräch mit der Berliner Zeitung gibt Varwick Antworten.

Beim Nato-Manöver „Arctic Light 2025“ übt die Bundeswehr zusammen mit europäischen Partnern für den Ernstfall. EBRAHIM NOROOZI/AP

Herr Varwick, einer aktuellen Umfrage zufolge befürchten 61 Prozent der Deutschen eine Ausweitung des Ukrainekriegs. Teilen Sie diese Sorge?

Ja. Die Gefahr bestand von Beginn an. Man könnte meinen, es sei schon schlimm genug, aber der Krieg kann sehr wohl weiter eskalieren – für die Ukraine, die noch stärker unter die Räder kommen könnte, oder hin zu einem offenen Konflikt zwischen der Nato und Russland. Beides ist möglich.

Ich habe Verhandlungen immer als präventive Eskalationsverhinderung verstanden und dafür argumentiert. Genau das zeigt sich jetzt: Dieser Krieg sollte so schnell wie möglich durch Verhandlungen beendet werden, um weitere Eskalation zu verhindern.

In Polen kam es kürzlich zu einem Drohnenvorfall. Wie groß ist die Gefahr, dass solche Zwischenfälle zu einer unkontrollierten Eskalation führen?

Das ist ein erhebliches Risiko – ob bewusst oder unbewusst verursacht. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob es ein provokanter Test Russlands, ein Fehler in der russischen Kommandostruktur, eine False-Flag-Operation der Ukraine oder etwas anderes war. Klar ist: Aus solchen Vorfällen kann eine Dynamik entstehen, die sich nicht mehr einfangen lässt. Was wäre gewesen, wenn die Nato unbesonnener reagiert hätte oder wenn tatsächlich Schlimmeres passiert wäre? Ab einem bestimmten Punkt gerät man in eine Eskalationsspirale bis hin zum Atomwaffeneinsatz. Das will man sich nicht vorstellen, aber die Möglichkeit existiert.

Moskau wirft dem Westen regelmäßig vor, die Nato sei „de facto“ Kriegspartei. Ist die Nato das Ihrer Meinung nach?

Ich sage das seit mehr als zwei Jahren: Ja, die Nato befindet sich faktisch im Krieg mit Russland. Schauen Sie sich die Unterstützung für die Ukraine an: Zehntausende ukrainische Soldaten werden ausgebildet – auch in Deutschland. Dazu kommt massive Waffenhilfe, Zielerfassungsdaten, Eingriffe in das Kampfgeschehen. Man kann nicht so tun, als sei man keine Kriegspartei. Völkerrechtlich mag das anders aussehen – Juristen können das zurechtrücken. Aber politisch sind wir längst Kriegspartei.

Sie haben früh gewarnt, dass die europäische Strategie, Kiew vor allem mit Militärhilfe zu stützen, nicht aufgeht. Wo läuft etwas schief?

Es gibt keine realistische europäische Strategie – nur Durchhalteparolen, Wunschkonzert und fundamentalistische Maximalpositionen: Der letzte russische Soldat müsse die Ukraine verlassen, Russland solle Entschädigungen zahlen, Kriegsverbrecher müssten verurteilt werden. Im Prinzip sei das Einzige, worüber man mit Russland verhandeln könne, die Größe von Putins Zelle in Den Haag. Ich überspitze, aber das ist die Linie. Eine politische Vorstellung, wie ein Endstadium des Konflikts aussehen soll, fehlt.

Was werfen Sie den Europäern konkret vor?

Es gab drei große Versäumnisse. Erstens im Vorfeld des Krieges im Herbst 2021, als man das Thema Nato-Mitgliedschaft der Ukraine und die damit verbundenen Folgen nicht vom Tisch nehmen wollte.

Zweitens im Frühjahr 2022, als die Friedensgespräche in Istanbul von westlicher Seite sabotiert wurden. Und drittens verweigern sich die Europäer auch heute, nach der US-Kehrtwende unter Trump, weiterhin einer Verhandlungslösung.

Sie treiben die Ukraine stattdessen zu Durchhalteparolen an. Würden die Amerikaner ihre Vorschläge mit europäischer Unterstützung einbringen, müsste auch die Ukraine zustimmen. Das würde zwar nicht gleich den ewigen Frieden bringen, aber eine realpolitische Stabilisierung der Lage wäre das allemal.

Warum sabotieren die Europäer die Bemühungen für Frieden?

Ich unterstelle den europäischen Staaten nicht, kriegslüstern zu sein. Aber sie tun nichts, damit der Krieg aufhört – und das ist der Vorwurf. Sie scheinen inzwischen selbst an ihre eigenen Parolen zu glauben: dass man Russland mit Waffenlieferungen und Sanktionen in die Knie zwingt. Das ist zynisch, weil es den Abnutzungskrieg verlängert und die Ukraine zerstört. Diese Strategie kann nicht aufgehen.

ZUR PERSON

UWE KOCH/IMAGO

Johannes Varwick, 57, ist seit 2013 Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Von 2019 bis 2021 war er Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik. Zuletzt erschien im Verlag Wiley-VCH sein Buch „Internationale Beziehungen für Dummies“.

Was sollten die Europäer jetzt tun?

Sie sollten sich dem amerikanischen Kurs anschließen, der Kompromisse vorsieht – bittere, aber notwendige. Die Ukraine wird territorial verändert aus dem Krieg hervorgehen. Die Krim sowie Donezk und Luhansk sind für die Ukraine verloren. Über die beiden anderen von Russland beanspruchten Regionen könnte man verhandeln. Zweitens: Die Ukraine darf nicht eindeutig ins westliche Militärlager gezogen werden. Genau dazu wären die Amerikaner bereit. Europa aber verweigert sich – stattdessen redet man über Sicherheitsgarantien zu Bedingungen, die Russland nie akzeptieren wird.

Der Kern der amerikanischen Wende: Auch russische Sicherheitsinteressen müssen berücksichtigt werden. Europa ist dazu nicht bereit – und deswegen hakt es.

Die EU-Chefdiplomatin Kaja Kallas sagt, dass man mit Russland nicht verhandeln könne. Hat sie nicht recht? Es gab bereits mehrere Gespräche zwischen Trump und Putin, doch konkrete Ergebnisse blieben aus. Im Anschluss hat Putin Kiew sogar noch stärker angegriffen.

Ich glaube nicht, dass man sagen kann, Russland wolle nicht verhandeln. Russland hat Bedingungen formuliert, auf die der Westen bisher nicht eingehen will. In Deutschland und Europa wird dies als „Diktatfrieden“ oder „Kapitulation“ dargestellt. Wenn man Verhandlungen so versteht, kann es keine Lösung geben. Das bedeutet: Entweder der Krieg dauert Jahre, in der Hoffnung, dass Russland irgendwann einknickt – zum Preis unzähliger Menschenleben. Oder Russland setzt mit brutaler Gewalt Schritt für Schritt seine Ziele durch und die Lage der Ukraine verschlechtert sich täglich. Was soll an dieser Strategie sinnvoll sein?

Diese europäische Strategie, die sie kritisieren – wer treibt sie voran, und gibt es Gegenstimmen?

Ungarn und die Slowakei vertreten eine abweichende Linie. Südeuropäer wie Spanien oder Portugal halten sich zurück, sind nicht begeistert vom Kurs, aber tragen ihn mit. Den Ton geben die großen Staaten an: Deutschland, Frankreich, Polen, Italien, Großbritannien – zusammen mit den baltischen Staaten, die seit langem radikal auftreten. Da ist derzeit keine Änderung zu erwarten.

Auch nicht mit dem Regierungswechsel in Deutschland?

Es gibt keine Verbesserung mit der neuen Merz-Regierung, im Gegenteil. Außenminister Wadephul erklärte gleich zu Beginn, mit Russland sei nie wieder ein Arrangement möglich. Das ist eine vertane Chance. Merz mag in Washington mehr Gewicht haben als Scholz – aber er nutzt es in die falsche Richtung. Für die deutsche Politik bedeutet das: Es ist schlimmer geworden.

Die Bundesregierung von Merz will Deutschland „kriegstüchtig“ machen. Wie bewerten Sie das?

„Kriegstüchtigkeit“ ist für mich das Unwort des Jahrzehnts. Merz selbst verwendet es nicht so oft, spricht eher von „Verteidigungsfähigkeit“, was ich richtig finde. Aber in allen Dokumenten taucht es auf, in der Bundeswehr wird es selbstverständlich genutzt. Das ist ein verhängnisvoller Irrweg: eine Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik, die ich mir nie vorstellen konnte – und dazu unseriös.

Der Verteidigungshaushalt ist von 32 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf heute 86 Milliarden Euro gestiegen und soll bis 2029 auf 152 Milliarden Euro steigen. Das wären fast ein Drittel des Bundeshaushalts – finanziert durch Schulden. Am Ende ginge das zulasten des Sozialstaats. Es ist politisch falsch und ökonomisch nicht tragfähig.

Die von Emmanuel Macron und Keir Starmer angeführte „Koalition der Willigen“ will als Sicherheitsgarantie für die Ukraine Soldaten in das Land entsenden. Was halten Sie davon?

Die Ukraine braucht nach einem Abkommen Sicherheitsgarantien. Aber westliche Truppen auf ukrainischem Boden wären eine rote Linie für Russland – also keine Lösung. Denkbar ist höchstens das „Stachelschwein-Modell“: Die Ukraine wird ertüchtigt, sich selbst zu verteidigen. Alles andere – westliche Truppen – ist unverantwortlich, unehrlich und würde die Ukraine verheizen.

Eine andere Idee, die im Raum steht, ist der Schutz durch chinesische oder brasilianische Truppen. Wäre das realistisch?

Das wäre kein Sicherheitsgarantie-Modell, sondern klassisches UN-Peacekeeping: Truppen wären nur zum Eigenschutz bewaffnet und könnten ein Abkommen stabilisieren. Das ginge nur mit UN-Mandat, dem auch Russland zustimmen müsste. Ob China oder Brasilien das Risiko eingehen würden, ist fraglich. Wichtig ist: Erst braucht es ein Abkommen, dem beide Seiten zustimmen. Ohne politische Lösung helfen militärische Modelle gar nichts.

Der US-Präsident Donald Trump gilt als erratisch. Befürchten Sie nicht, dass er seinen Ukraine-Kurs wieder ändert?

Das muss man befürchten. Aber die Kerninteressen der USA sind klar: Erstens wollen sie keine nukleare Eskalation mit Russland, da beide in dieser Frage auf Augenhöhe sind. Russland ist in dieser Hinsicht ein wirklich ernstzunehmendes Problem aus amerikanischer Sicht. Zweitens wollen die USA Waffen verkaufen. Die Europäer zahlen den Krieg, die Amerikaner machen das Geschäft. Beides sind stabile Interessen, alles andere kann schwanken.

Die Kriegskosten steigen, die Ukraine kann sie nicht allein tragen, die USA zahlen nicht mehr. Ist das für Europa tragbar?

Nein, jedenfalls nicht auf Dauer. Frankreich steht kurz vor der Staatspleite und auch Deutschland, Italien und Polen stehen in Bezug auf die weitere Unterstützung der Ukraine politisch unter Druck. Die Bevölkerung wird diesen Kurs nicht ewig mittragen. Dass Russland eher einknickt als die westliche Hilfe, halte ich für unrealistisch.

Zwischen Frankreich und Deutschland gibt es Streit: Paris will sich von den USA lösen, Berlin hält an Washington fest. Welche Linie wird sich durchsetzen?

Der Weckruf von 2016, als Trump zum ersten Mal gewählt wurde, wurde damals nicht gehört. Ich habe den Eindruck, dass es dieses Mal anders ist. Es scheint mir, als hätte man es jetzt endlich verstanden: Die amerikanische Schutzgarantie ist Geschichte, die Nato verliert an Relevanz, Europa muss mehr tun.

Das Problem ist jedoch, dass die Europäer keinen realistischen Kompass haben. Sie tun so, als könnten sie die USA ersetzen, doch das ist finanziell und machtpolitisch unmöglich. Was gebraucht wird, ist ein Interessenausgleich. Doch dafür gibt es in Europa keine Stimme. Die Lage ist düster.

Was sollte Bundeskanzler Friedrich Merz konkret tun, um Fortschritte in der Ukrainefrage zu erreichen?

Er sollte von den Realitäten ausgehen, nicht von Parolen. Konkret: eine realistische Frontbegradigung akzeptieren, sich dem amerikanischen Kurs anschließen und dafür werben, dass Europa diesen Weg mitgeht. Garantien, dass das funktioniert, gibt es keine – aber die Chancen auf einen schmutzigen, aber stabilisierenden Interessenausgleich mit Russland stehen gut. Selbst wenn nicht, wäre es immer noch besser, als so weiterzumachen wie bisher.

Interview: Raphael Schmeller

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.